



PRESSEMITTEILUNG

Studie: Zwei Drittel der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen benötigen Schulplätze an weiterführenden Schulen

Studie des Mercator-Instituts für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache und des Zentrums für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln:

Knapp 100.000 Kinder und Jugendliche sind 2014 im schulpflichtigen Alter neu nach Deutschland zugewandert / Anteil an Gesamtzahl der Gleichaltrigen betrug 1 Prozent / Besondere Herausforderung für weiterführende Schulen: Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen können dieser Bildungsetappe zugeordnet werden / Gesetzliche Schulpflicht für geflüchtete Kinder und Jugendliche nur in Berlin und im Saarland ohne Einschränkungen / Vorgaben für die Unterrichtsorganisation uneinheitlich

Köln/Berlin, 8. Oktober 2015. Im Jahr 2014 sind knapp 100.000 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter neu nach Deutschland zugewandert. Die Zahl hat sich seit 2006 vervierfacht, dennoch lag der Anteil neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher im Verhältnis zur Gesamtschülerschaft bei einem Prozent. Das sind die zentralen Ergebnisse einer Studie des Mercator-Instituts für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache und des Zentrums für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln. Sie gibt erstmals einen bundesweiten Überblick über die schulische Situation neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher. Dabei bezieht sie nicht nur geflüchtete Kinder und Jugendliche ein, sondern alle sechs bis 18-Jährigen, die neu nach Deutschland zuwandern. Für die Studie haben die Autorinnen und Autoren Daten des Statistischen Bundesamtes, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und kommunale Daten aus den letzten Jahren bis Ende 2014 ausgewertet.

„Die aktuellen Herausforderungen waren, wenn auch nicht in der Dimension der letzten drei Monate, vorhersehbar. Die Frage, wie neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im Bildungssystem aufgenommen werden können, ist jahrelang vernachlässigt worden. Jetzt fehlen die nötigen Informationen, Konzepte sind in Vergessenheit geraten. Mit den Berechnungen dieser Studie liegen erstmals fundierte Annäherungswerte vor. Sie zeigen: Die Zahl wächst mit großer Geschwindigkeit und gerade diese Schnelligkeit stellt die Schulen und Lehrkräfte vor große Herausforderungen“, fasst Prof. Dr. Michael Becker-Mrotzek, Direktor des Mercator-Instituts für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache, die Ergebnisse der Studie zusammen. Die Studie hat ergeben, dass in vielen Bundesländern nicht systematisch erhoben wird, wie viele neu zugewanderte Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse tatsächlich an den Schulen sind. Ohne diese Planungsgrundlage ist es jedoch kaum möglich, den Bedarf an Lehrkräften und weiteren Ressourcen rechtzeitig einzuschätzen. „Die Bundesländer müssen sich auf ein gemeinsames Verfahren einigen“, so Becker-Mrotzek weiter.

Insbesondere die weiterführenden Schulen stehen vor großen Herausforderungen: Laut der Studie sind mehr als zwei Drittel der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen zwischen zehn und 18 Jahre alt, allein 14 Prozent gehören zur Altersgruppe der 18-Jährigen. Sie

benötigen einen Schulplatz an einer weiterführenden Schule, insbesondere an berufsbildenden Schulen sind zusätzliche Kapazitäten erforderlich. Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich der regionalen Verteilung: Zwar lag der Anteil neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl im Bundesdurchschnitt 2014 bei 1,02 Prozent, er schwankt jedoch deutlich zwischen den Bundesländern und einzelnen Regionen: Brandenburg verzeichnete 2014 den niedrigsten Anteil mit 0,56 Prozent, der Stadtstaat Bremen den höchsten Wert mit 1,79 Prozent. Allein innerhalb der Kölner Stadtteile schwankt der Anteil zwischen 0,8 und 2,7 Prozent. Dazu kommt eine ungleiche Verteilung hinsichtlich der Schulformen: In Köln beispielsweise werden Vorbereitungsklassen häufiger an Haupt-, Real- und Gesamtschulen als an Gymnasien eingerichtet.

Die Studie gibt auch einen Überblick über rechtliche Rahmenbedingungen, die Organisation des Unterrichts und Unterstützungsangebote für Lehrkräfte sowie Schulen. Dafür wurde eine Abfrage unter den Kultusministerien aller 16 Bundesländer durchgeführt und mit eigenen Recherchen ergänzt.

Großer Nachholbedarf besteht hinsichtlich der Schulpflicht: Nur in Berlin und im Saarland gilt die gesetzliche Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen uneingeschränkt von Anfang an. In allen anderen Bundesländern gilt sie nicht automatisch für Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsstatus oder vor Beginn des Asylverfahrens. „Das Verfahren kann derzeit mehrere Monate, teilweise länger als ein Jahr dauern. Auch wenn in diesem Zeitraum ein Recht auf Schulbesuch besteht, sind die Kinder und Jugendlichen häufig faktisch vom Schulbesuch ausgeschlossen“, kritisiert Mona Massumi, abgeordnete Lehrerin am Zentrum für LehrerInnenbildung und Mitautorin der Studie. Die Autorinnen und Autoren empfehlen, dass zwischen Ankunft und Schulbesuch nicht mehr als drei Monate liegen sollten. Für diesen Zeitraum sollten außerdem außerschulische Lernangebote geschaffen werden.

Für die Unterrichtsorganisation gibt es in allen Bundesländern Regelungen, allerdings sind diese unterschiedlich verbindlich und konkret und geben den Schulen teilweise nur wenig Orientierung. Die Studie hat fünf Modelle identifiziert, nach denen neu zugewanderte Kinder und Jugendliche unterrichtet werden. Das Spektrum reicht von integrativem Unterricht in der normalen Klasse ab dem ersten Tag bis zur Einrichtung parallel geführter Klassen, in denen die Schülerinnen und Schüler zunächst Deutsch lernen und später sogar einen Schulabschluss erwerben können. Alle Modelle sind darauf angelegt, möglichst schnell den Übergang in eine Regelklasse bzw. Berufsausbildung zu ermöglichen. Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg verfahren vergleichsweise einheitlich, in den meisten Bundesländern sind jedoch mehrere Modelle im Einsatz, abhängig von der Region, Schülerzahlen und der Schulform. Insgesamt werden parallel geführte Klassen häufiger an weiterführenden Schulen eingerichtet als an Grundschulen. „Zu der Frage, welches Modell am besten funktioniert, gibt es noch keine wissenschaftlich fundierte Antwort. Grundsätzlich können sowohl integrative Modelle als auch parallele Modelle sinnvoll sein. Das Modell muss zur Schule passen“, resümiert Dr. Nora von Dewitz, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Mercator-Institut und Mitautorin der Studie.

Die Studie zeigt, dass die Länder zunehmend Unterstützungs- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Schulen auf den Weg bringen, das Angebot ist jedoch häufig unübersichtlich. „Das Thema ist kein Projekt für eine Taskforce auf Zeit, sondern eine langfristige Aufgabe. Migrationsbewegungen, wie wir sie gerade erleben, sind ein wiederkehrendes Phänomen. Dieses Thema wird immer wieder und durchgängig eine Rolle spielen. Gerade deshalb sollten auch Mindeststandards für den Schulbesuch neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher

entwickelt werden. Die Themen Migration und Deutsch als Zweitsprache müssen noch breiter in der Lehramtsausbildung verankert werden“, fordert Becker-Mrotzek.

Infografiken für die Verwendung in der Berichterstattung und die vollständige Studie können Sie hier herunterladen: <http://tinyurl.com/NeuZugewanderte>

Bei Fragen sprechen Sie uns gerne an:

Anna Kleiner, Kommunikation
Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache
Tel. 0221 – 470 7700
anna.kleiner@mercator.uni-koeln.de

Über das Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache

Das Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache ist ein von der Stiftung Mercator initiiertes und gefördertes Institut der Universität zu Köln. Ziel des Instituts ist es, langfristig die sprachliche Bildung entlang des gesamten Bildungswegs und insbesondere in der Schule zu verbessern, damit alle Kinder und Jugendlichen gute Chancen auf eine erfolgreiche Bildungskarriere haben. Es berät Hochschulen dabei, Deutsch als Zweitsprache in der Lehrerausbildung zu verankern, fördert, vermittelt und betreibt anwendungsorientierte Forschung und trägt zur Qualifizierung von pädagogischen Fach- und Lehrkräften bei. Darüber hinaus beobachtet und berät es Bildungspraxis, -verwaltung und -politik.

Weitere Informationen unter www.mercator-institut-sprachfoerderung.de

Über das Zentrum für LehrerInnenbildung

Das Zentrum für LehrerInnenbildung (ZfL) an der Universität zu Köln koordiniert, moderiert und gestaltet als zentrale wissenschaftliche Einrichtung fakultäts- und hochschulübergreifend das Lehramtsstudium. Das ZfL berät und begleitet angehende LehrerInnen vom Orientierungspraktikum im ersten Semester bis zum Studienabschluss und während der Promotionsphase.

Unter einem Dach findet sich im ZfL das gemeinsame Prüfungsamt, die Graduiertenschule, das Beratungszentrum und Koordinationsstellen für zukunftsweisende Aspekte der LehrerInnenbildung. Das ZfL wirkt aktiv an der Entwicklung und Gestaltung struktureller, konzeptioneller und organisatorischer Rahmenbedingungen mit und pflegt den Dialog mit Institutionen der universitären wie auch praktischen LehrerInnenbildung und den zuständigen Ministerien.

Weitere Informationen unter www.zfl.uni-koeln.de